

SPD

Verlag und Redaktion:
Hannover, Georgstr. 33

Sozialdemokratischer PRESSEDIENST

spd/II/99

Hannover, 28. November 47

Gesten ohne Sinn

P.R. Die Sache mit der deutschen Repräsentation für London hätte nun wirklich ruhen sollen. Es war ja zuletzt so, daß durchaus nicht nur der unbequeme Dr. Schumacher nein sagte. Seine gewiß nicht zimperlichen politischen Gegner jeder Couleur hätten sich ein Vergnügen daraus gemacht, ihn in eine Isolierung hineinzumanteln. Aber sie hätten zu diesem Zweck selbst einig sein müssen, und das ist nun einmal nicht der Fall. So bestätigten sie mit ihren Meinungsverschiedenheiten nur, daß die Demonstration einer Einheit aus solchen Komponenten höchst fragwürdig gewesen wäre. Schon das politische Streitgespräch um diesen Plan hat statt der beabsichtigten Bekundung eines Willens zur deutschen Einheit eher die Dokumentation der deutschen Unfähigkeit zu eben dieser Einheit zumindest im gegenwärtigen Augenblick gebracht - freilich einer objektiven Unfähigkeit, die ihre letzte Ursache im Verhältnis der Besatzungsmächte untereinander hat. Schon dieser unerfreuliche Eindruck hätte unterbleiben können, wenn die gestenfreudigen Initiatoren dieser Idee sich die Sache vorher etwas gründlicher überlegt hätten.

Aber Pieck und Grotewohl sind hartnäckig wie Spechte. "Einheit" hämmern sie ohne Unterlaß. Der Glanz dieses großen Wortes ist durch den Mißbrauch, den sie mit ihm treiben, stumpf geworden, so wie seinerzeit der erhabene Begriff der Volksgemeinschaft durch die Nazis zu einer Farce herabgewürdigt wurde. Aber die Leute von der SED wissen, daß die Einheit, die sie meinen, und die sie mit einem hemmungslos verlogenen Patriotismus verkünden, für sie wohl lohnend ist. Mit der Idee eines deutschen "Volkskongresses" sind sie jetzt offen aus dem Hintergrund hervorgetreten, aus dem heraus sie noch operierten, als die "nationale Repräsentation" und der "Konsultivrat" aktuell waren. Ihre Blockpartner haben sich, mehr oder weniger deutlich, wie das ihrem Wesen entspricht, distanziert. Nach allem, was vorangegangen war, mußte die SED-Leitung wissen, wie ihre trügerische Absicht aufgenommen werden würde, daß sich nur eine neue Demonstration der deutschen Uneinigkeit daraus ergeben könnte, also etwas, was genau ihrer angeblich eigentlichen Absicht entgegengesetzt war. Daß sie trotzdem diesen Weg ging, zeigt einmal mehr, wie wenig es ihr im Grunde um das verkündete Ziel und wie ausschließlich es ihr um den eigenen und den taktischen Erfolg ihres mächtigen Auftraggebers geht.

Es gibt auch heute noch sonst urteilsfähige Menschen in Deutschland, die den negativen Ausgang der Bemühungen um eine Geste des deutschen Willens zur Einheit bedauern. Sicher haben sie mit der Feststellung recht, daß Gesten durchaus nicht schlechthin wertlos sein müssen.

daß nur "harte Tatsachen" zählen, wie das etwa die Nazis immer in der Tonart kleiner Macchiavellis unterstrichen, während doch gerade sie die Geste, freilich zumeist die falsche, über alles liebten. Gesten können ihren guten Sinn haben. Einmal gehören sie zur politischen Konvention, und Konventionen erleichtern das Leben. Sie sind zum ändern eine besonders nachdrückliche Form der politischen Aussage und als solche oft genug Ausgangspunkt einer realpolitischen Entwicklung oder Entscheidung. Aber die unerlässliche Voraussetzung jeder wirksamen Geste ist ihre unbedingte Ehrlichkeit. So wäre eine Einheitsgeste etwa der westdeutschen Länder aufrichtig gewesen, aber ohne jede Legitimation, für Deutschland zu sprechen. Andererseits hätte vielleicht eine Geste aller deutschen Länder eine gewisse, zumindest provisorische, Legitimation gehabt, aber sie wäre wieder im Tiefsten unehrlich gewesen, auch wenn man einen Eklat wie den von München vielleicht hätte vermeiden können.

Die deutsche Einheit ist eine unverrückbare Realität in den Herzen der deutschen Menschen. Sie braucht auch durchaus nicht noch zu einem Gegenstand eines Volksentscheides gemacht zu werden, der heute doch nicht unter einwandfreien Bedingungen zustande käme, denn sie ist zugleich eine Selbstverständlichkeit. Sie ist aber eine Farce im Vokabular einer deutschen Partei, die diesen Namen nicht verdient, weil sie Parolen und Methoden nicht aus sich oder einem Teil der deutschen Bevölkerung heraus entwickelt, sondern als unerwünschten Importartikel dem politischen Normalverbraucher aufzwingt. Die deutsche Einheit ist eine zu große Sache, als daß man sie zum Gegenstand von Gesten machen dürfte, denen heute leider noch der notwendige Gehalt von absoluter Ehrlichkeit aller daran Beteiligten fehlen würde und die deshalb sinnlos wären.

Was die Westmächte könnten...
 Von Friedrich Stampfer, New York

Im Congress besteht Einigkeit darüber, daß Europa geholfen werden muß, nicht aber über Maß und Art der Hilfe. Noch größer sind die Meinungsverschiedenheiten über das, was der Präsident als notwendige Konsequenz des Massenexports amerikanischer Güter nach Europa voraussetzt: die staatliche Besaufsichtigung und Regulierung der Lohn- und Preisentwicklung im Inland. Auch wenn Senator Taft mit seinem Kampf gegen den Sozialismus hundertmal recht hätte, würde doch die Tatsache bestehen bleiben, daß die gegenwärtige Regierung der Vereinigten Staaten unter Umständen energische Eingriffe des Staates in die Wirtschaft für unvermeidlich hält. Gilt das schon für das weite und reiche Amerika, um wieviel mehr muß es für das enge und arme Europa gelten. Wenn man in Amerika die Trumanpolitik diskutiert - oder gar durchführt - kann man Europa nicht zwingen, Taftpolitik zu machen.

Niemand kann es Amerika übel nehmen, wenn es als Gläubiger bestrebt ist, seine Schuldner kreditfähig zu machen. Dazu gehört, daß mit dem Wust des innerdeutschen und des innereuropäischen Wirtschaftspartikularismus aufgeräumt wird. Nicht neue Schranken gilt es aufzurichten, sondern alte niederzureißen, oder, wo das nicht angeht, sie wenigstens niedriger zu machen. Die Zollermäßigungen, die Amerika in monatelangen Verhandlungen in Genuß von dreiundzwanzig Staaten für seinen Export durchgesetzt hat, mögen da als gutes Vorzeichen gelten. Wichtiger aber noch ist, daß die europäischen Staaten selbst sich gegenseitig alle Erleichterungen gönnen, die eine gedeihliche Zusammenarbeit möglich machen.

Von den Verhandlungen in London erwartet niemand etwas anderes, als daß sie bald scheitern und die Regierungen von Washington, London und Paris vor die Notwendigkeit neuer großer Entscheidungen stellen werden. Darüber hinaus scheint festzustehen, daß es zu dem viel besprochenen Separatfrieden mit Westdeutschland schon deshalb nicht kommen wird, weil man keine Regierung von Westdeutschland finden wird, die bereit wäre, einen Separatfriedensvertrag zu unterzeichnen und damit die Trennung von Ostdeutschland mit ihrer Unterschrift zu bekräftigen. Dagegen könnten die Westmächte von sich aus entscheidende Schritte tun, um in ihrer Einflusssphäre einen tatsächlichen Friedenszustand herbeizuführen. Sie könnten den Kriegszustand, in dem sie sich noch immer einem nicht mehr existierenden Deutschland gegenüber befinden, von sich aus beseitigen, indem sie - abgesehen von dem Verbleiben gewisser militärischer Sicherungen - alle Beschränkungen aufheben, die sich aus dem Kriegszustand ergeben. Sie können in ihrem Machtbereich das Selbstbestimmungsrecht des Volkes wieder herstellen, sie können es den Deutschen der drei westlichen Zonen überlassen, eine einheitliche Gesetzgebung und Verwaltung des gesamten freien Gebiets herzustellen, sie können ihnen die Möglichkeit geben (nicht die Pflicht auferlegen), eine eigene Regierung zu schaffen, die mit den anderen Regierungen der Welt gleichberechtigt ist. Sie können definitiv Schluß machen mit dem Irrsinn des Industrieabbaus und der Industriebeschränkung und mit allen Verkehrshindernissen, die eine Erholung der deutschen und der europäischen Wirtschaft unmöglich machen.

Die Westmächte können aber nicht die Teilung Deutschlands als endgültig hinnehmen und Rußland die Rolle eines Vorkämpfers der deut-

schen Einheit überlassen. Von der Londoner Vorkonferenz ist berichtet worden, daß Rußland die Schaffung einer deutschen Zentralregierung verlangt habe, diese Forderung aber von Amerika, England und Frankreich abgelehnt worden sei. Nun hat Staatssekretär Marshall in einer Rede in Chicago diesen Irrtum berichtigt und erklärt, daß er in London für "eine provisorische Zentralregierung in einem föderierten Deutschland" eintreten werde. Danach scheint zwischen Amerika, Rußland und England Übereinstimmung zu bestehen, daß die Wiederherstellung der deutschen Wirtschaftseinheit und die Schaffung einer Zentralregierung notwendig sind. Könnte Staatssekretär Marshall sich entschließen, in London zu verlangen, daß die Zentralregierung aus allgemeinen, freien Wahlen hervorgehen müsse, so würde er die Russen vor die Wahl stellen, entweder zuzustimmen oder aber in e Maske als Vorkämpfer der deutschen Einheit fallen zu lassen.

Stockholmer Echo zu Schumacher

(Eigenbericht) Stockholm, im Nov.

Dr. Kurt Schumacher, der sich als Gast der Sozialdemokratischen Partei Schwedens für wenige Tage in Schweden aufhielt, war der erste Politiker von internationalem Namen und nationaler Autorität, der seit dem Zusammenbruch die deutsche Nation in Schweden repräsentierte. Es nahm daher nicht wunder, daß die Pressekonferenz, zu der die Sozialdemokratie Schwedens und die Pressestelle des Außenministeriums die Einladungen versandt hatten, schwedische und ausländische Journalisten in großer Zahl versammelte. Die Konferenz war die längste und bestbesuchte seit Ende des Krieges. Der Wiederschlag, den diese Konferenz in der Stockholmer Presse fand, war im wesentlichen positiv. Schumacher wurde von der schwedischen Presse nicht so sehr als Parteimann aufgefaßt, denn als die im Vordergrund stehende Persönlichkeit der deutschen Politik. Schumachers Auftreten war auch derart, daß er die gesamtdeutschen Probleme in den Vordergrund stellte. So nahmen das konservative "Svenska Dagbladet", die christlichen Blätter "Stockholm Tidningen" und die sozialdemokratische Zeitungen das Interview Schumachers auf durchaus sympathische Weise auf und unterstrichen in ihren Überschriften, wie sehr Schumacher den Deutschen Einheitswillen betont hatte. Das liberale Blatt "Dagens Nyheter" hat einen antideutschen Komplex und registrierte das Auftreten Schumachers bitter, während die kommunistische Zeitung "Nys Dag" Schumachers freimütige Äußerungen über die Ostzone ablehnte.

Dr. Schumacher hat während seines Aufenthaltes in Schweden eine Reihe von repräsentativen Personen gesprochen. Seine Zeit war mit einem Minutenplan ausgefüllt. Zu seinen Aufgaben gehörte es auch, Kontakt mit seinen deutschen Parteigenossen in Schweden zu nehmen. Darüber hinaus hielt er einen Vortrag im Lager der "Deutschen Vereinigung 1945", einer Organisation, die alle Deutschen mit Ausnahme der Kommunisten und Nationalsozialisten vereinigt. In diesem Kreis, der alle Parteien umfaßt, wurde Schumacher mit großer Herzlichkeit aufgenommen. Der Vortrag Schumachers, der die politische Situation Deutschlands darlegte, gab den anwesenden Deutschen, die zum großen Teil seit Jahren von der Heimat abgeschnitten waren, die notwendige Orientierung. Dr. Schumacher erntete herzlichen Beifall und Zustimmung.

Auf dieser Kundgebung war Dr. Schumacher von Professor Gallinger begrüßt worden, einem ursprünglich bayrischen Konservativen, der in seiner Ansprache u.a. ausführte: "Als vor drei Jahren der noch kleine Kreis von Männern sich zusammenfand, von welchem im Januar 1945 die "Deutsche Vereinigung" entstand, setzte er sich die Aufgabe, eine Plattform zu schaffen, auf der Menschen aus den verschiedensten weltanschaulichen Lagern offen und frei die brennenden Fragen jener irren Zeit erörtern konnten. Ich habe Grund zu vermuten, daß Dr. Schumacher de Geiste, dessen Umrisse ich anzudeuten versuchte, nicht allzu fern steht. Seine scharf ausgeprägte Persönlichkeit genießt weit über die Grenzen der SPD großes Ansehen als einer der Charakterköpfe, die berufen sind, nicht nur über das Schicksal Deutschlands zu bestimmen, sondern auch im internationalen Orchester ein tonangebendes Instrument zu spielen. Er gilt in Deutschland als ein Mann, der seine Entschlüsse nicht nach dem starren Dogma einer vorgefaßten Meinung, sondern nach den vorliegenden Notwendigkeiten richtet und dessen politische Überzeugung die Form ist, in der er seinem Volke und der gesitteten Welt als guter Deutscher und Europäer dient, wie es ihm sein Gewissen vorschreibt. Er ist nicht müde geworden, auf die offene Wunde zu zeigen, die in der Gestalt des zerrütteten Deutschlands sich am Körper Europas ausbreitet und zu betonen, daß die Wiederbelebung Deutschlands eine unerläßliche Voraussetzung für die Wiederaufrichtung Europas bildet. Ebenso hat er auf die Gefahr aufmerksam gemacht, die von jenen Elementen droht, die die Eurfurcht vor einer für alle geltenden Moral und der Humanität als unzeitgemäße Sentimentalität ansehen und alle edlen Werte der Kultur und Menschlichkeit als überaltert zu vernichten trachten".

Der markgräfliche Skandal

-e Berlin, im November

"Die Polizisten sind zur Zeit die einzigen Waffenträger in Deutschland. Es wird die Zeit kommen, wo wir entscheiden müssen. Dann werden wir wissen, gegen wen wir zu gehen haben". Diese Sätze stammen von einem Polizisten aus dem November 1947. Sie waren die Grundmelodie einer etwas zu vorlaut verlaufenen kommunistischen Polizeiversammlung in Berlin. Sie fielen drei Tage, nachdem das Berliner Stadtparlament in seiner großen Mehrheit - mit Ausnahme der kommunistischen SED-Stimmen - dem Berliner Polizeipräsidenten Markgraf das Mißtrauen ausgesprochen hatte. Das Mißtrauen war Oberst Markgraf, dem Ritterkreuzträger von Stalingrad und Mitglied des "Nationalkomitees Freies Deutschland" ausgesprochen worden, nachdem dieser Polizeipräsident nichts unternommen hatte, um die nach den neuerlichen Verschwinden eines Berliner Journalisten stark beunruhigte Bevölkerung über polizeiliche Recherchen aufzuklären.

Markgraf ist heute Kommunist. Die sowjetische Besatzungsmacht hat ihn, als sie in Berlin einzog, zum Polizeipräsidenten Berlins gemacht. Unter ihm wurde die Berliner Polizei nach 1945 kommunistisch. Das erste Gesetz kommunistischer Strategie, die Macht über die Polizei zu erhalten, war also erfüllt. Unter Markgraf ist in diesen zwei Jahren manches geschehen, was den Ruf einer wirklich objektiv handelnden Polizei gräßlich schädigte. Der Polizeipräsident gehört nach dem

Statut der Berliner Viermächteverwaltung zu jenen Berliner Verwaltungsposten, deren Besetzung die Zustimmung aller vier Besatzungsmächte bedarf. Das Misstrauensvotum des Berliner Stadtparlaments wird also wieder eine bloße Geste bleiben.

Die Farce der Berliner Demokratie wird an diesem Beispiel eklatant. Er kapitulierte freiwillig nicht, erklärte der vom Volkswillen eindeutig Abgelehnte am Tage danach, er wisse sich sicher in einem besseren Schutz. Die Abhängigkeit von einem außerdeutschen Auftrag wird alarmierend offenbar. So kann es in Berlin geschehen, daß die große Mehrheit der Bevölkerung die kommunistische Methode der Terrorisierung ablehnt, daß aber das einzige und wichtigste Organ ihrer Sicherheit, die Polizei, dennoch in der Hand der Kommunisten bleibt.

Die kommunistischen Polizisten aber, im Zorn darüber, daß ihnen im Forum des Stadtparlamentes vorgeworfen wurde, sie begünstigten eine bestimmte Partei und Methode, vergaßen die Geheimhaltungspflicht ihres Parteauftrages und drohen mit sehr deutlichen Mitteln. Diese Gefahr ist keine Gefahr der ideologischen Abhängigkeit mehr. Sie ist die Gefahr des offenen Terrors, die hier zum ersten Male mit Namen genannt ist. Eine kommunistische Polizei gegen den Willen des Volkes: dies wäre der gefährlichste Weg, den Deutschland nach so vielen anderen gefährlichen gehen könnte. Darum ist der Berliner Kampf gegen seinen Polizeipräsidenten ein Kampf um die Demokratie selbst.

Ungarns sozialdemokratische Jugend ohne Führung

Auf dem Kongreß der sozialdemokratischen Jugend Ungarns kam es zu heftigen Zwischenfällen, so daß beschlossen wurde, die Beratungen abzubrechen und keine neue Führung zu wählen. Die Parteileitung wurde betraut, eine neue Führung zu bestimmen und ein Datum für den neuen Kongreß zu bestimmen. Industrieminister Ban betonte, daß der Weg der Sozialdemokraten bei einer Zerspaltung der Welt nur nach links führen könne.

(b/B71/2811/2/hs)

Millionenspende für die Labour-Party

Von einem Nichtmitglied der englischen Labour-Party, dem vor kurzem verstorbenen Robert Adey Hopkinson, wurden der Labour-Party testamentarisch 250.000 Pfund vermacht, die zur Erziehung des englischen Volkes nach sozialistischen Prinzipien verwendet werden sollen. Hopkinson war früher Direktor eines Industrierwerkes in Huddersfield und gehörte der Fabian-Gesellschaft an, ohne jedoch politisch irgendwie in Erscheinung zu treten. Er war ein enger Freund Arthur Greenwoods und gehörte wie dieser zu den Dozenten an der Technischen Hochschule in Huddersfield.

(b/B23/2811/hs)